

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 305 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Christoph Buser
Landrat, Bereichsleiter
KMU-Förderung,
Wirtschaftskammer
Baselland

Nichts gegen Visionen

Im Sommer 2010 hat die Baselbieter Stimmbevölkerung die Initiative «Weg vom Öl» mit einer guten Zweidrittelmehrheit abgelehnt, dem Gegenvorschlag aber etwa gleich stark zugestimmt. Dieser sieht vor, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch (ohne Mobilität) bis zum Jahr 2030 volle 40 Prozent betragen soll. Schon dieses Ziel ist höchst anspruchsvoll, wenn man die Entwicklungstendenzen nur schon beim Stromverbrauch in den nächsten Jahren berücksichtigt. So mutet es seltsam an, dass die Baselbieter Grünen fünf Monate nach diesem Volksentscheid bereits wieder «einen draufsetzen» und nun sogar fordern, dass die Baselbieter Elektrizitätsversorger den im Kanton veräusserten Strom bis zum Jahr 2030 zu mindestens 80 Prozent aus erneuerbaren Energien decken.

In der Politik darf man Visionen pflegen, auch wenn sie in erster Linie der Wahlprofilierung dienen. Aus meiner Sicht sollten aber solche Visionen einigermaßen realistisch sein – das heisst, der Stimmbevölkerung keine Utopien vorgaukeln. Schon gar nicht, wenn damit in Kauf genommen wird, dass wir mit dieser Initiative in den genannten 20 Jahren in eine echte Stromversorgungslücke geraten, die dann durch teure Auslandeinkäufe gestopft werden müsste. In diesem Sinne bin ich wohl dafür, erneuerbare Energien dort zu fördern und zu nutzen, wo es wirklich Sinn macht. Daneben müssen wir aber auch vorsorgen, dass die Stromversorgung auch in 20 Jahren noch gesichert ist. Ich habe mich im Übrigen etwas gewundert, dass der grüne Regierungsratskandidat Isaac Reber wohl im Initiativkomitee dieses Volksbegehrens aufgeführt ist, dass er aber als grüner Spitzenkandidat bei der Ankündigung der Initiative nicht präsent war. Ist ihm mit dieser Initiative selbst nicht ganz so wohl?

UTOPIE – Umweltkreise fordern den radikalen Umstieg in erneuerbare Energien.

Pfeifen im Wald

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie sehr die elektrische Energieversorgung unseren Alltag bestimmt. Schon ein relativ kurzer Stromunterbruch zeigt in aller Deutlichkeit auf, wie stark unsere Wirtschaft und Gesellschaft von einer sicheren Stromversorgung abhängig ist. Ohne Strom läuft gar nichts mehr – weder in den Unternehmen noch im Haushalt, weder im Verkehr noch in der öffentlichen Versorgung und Entsorgung usw. Wenn zum Beispiel der Strom für den Betrieb der Computer in den Unternehmen ausfällt, sind wichtige Daten blockiert, fallen Produktionssteuerungen aus und ist auch der elektronische Kommunikationsfluss unterbrochen, von dem wir längst vor allem geschäftlich existenziell abhängig sind.

2 bis 3 Prozent jährlicher Anstieg

Dabei ist aber auch Realität, dass der Stromkonsum von Jahr zu Jahr zwischen 2 und 3 Prozent weiter ansteigt. Zwar produziert die Schweiz insgesamt gesehen noch immer mehr Strom, als sie alles in allem verbraucht. Ein Teil davon kann vorerst noch ins Ausland verkauft werden. Das Problem dabei ist aber, dass

in Spitzenverbrauchszeiten Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss, weil die einheimische Produktion dann nicht ausreicht. Denn: Strom kann nur bis zu einem gewissen Grad gespeichert werden – bei der Wasserkraft mit Speicherwerken, die in verbrauchsarmen Zeiten Wasser wieder in die Stauseen hochpumpen, um es in den Spitzenkonsumzeiten für die Stromproduktion (neu) zu nutzen.

Das Bundesamt für Energie hat im Frühjahr 2006 in Zusammenarbeit mit namhaften Energieexperten seine «Energieperspektiven 2035/2050» erstellt, die auf verschiedenen Entwicklungsszenarien aufbauen – auch unter Berücksichtigung verschiedener Einsparpotenziale, aber auch der zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien. Dennoch ist dem zusammenfassenden Bericht des BFE zu entnehmen: «Ebenfalls untersucht werden (in den Szenarien, Red.) verschiedene Optionen zur Deckung der «Stromlücke», mit der spätestens ab dem Jahr 2020 gerechnet werden muss.» Diese Stromlücke ist angesichts der laufenden Zunahme des Stromverbrauchs auch für die involvierten Behörden und Energiefachleute absehbar.



Noch sind Wind- und Sonnenenergie weit davon entfernt, den Energiebedarf auch in Zukunft zu decken bzw. eine Stromversorgungslücke aufzufangen. BILD FOTOLIA

Nachfragezuwachs bis 24 Prozent

Je nach Szenario der BFE-Energieperspektiven steigt die Elektrizitätsnachfrage von 2003 bis 2035 um 18 bis 24 Prozent. Und «Stromlücke» heisst dann wohl konkret: Die ununterbrochene Stromversorgung kann nicht mehr wirklich garantiert werden. Dabei ist aus den Energieperspektiven nicht klar ersichtlich, ob und wie weit auch die elektrische Mobilität auf den Strassen bereits eingerechnet ist. Der «Hype» der Elektrofahrzeuge hat eben erst richtig begonnen. Die Autoindustrie prognostiziert denn auch aktuell (Meldung vom Sender n-tv

vom 21. Februar 2011), dass bis in 10 Jahren der Anteil der elektrisch betriebenen Fahrzeuge nicht weniger als rund 50 Prozent erreicht. Der Strom-Mehrverbrauch dürfte bei solchen Aussichten wohl noch stärker anwachsen, selbst wenn die Prognosen der Autoindustrie mit Vorsicht bewertet werden.

Drei Versorgungs-Standbeine

Vor dieser Ausgangslage werden in den Energieperspektiven drei Versorgungsstandbeine genannt:

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

KANTONSFINANZEN – Nachhaltige Sanierung. Keine Hauruck-Übungen!

Die kantonalen Parteipräsidenten Dieter Spiess (SVP) und Michael Herrmann (FDP.Die Liberalen) sowie der CVP-Partei-Vizepräsident Anton Lauber (CVP) haben an einer Medienkonferenz am vergangenen Montag den gemeinsamen politischen Willen ihrer Parteien für eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen unterstrichen. Gleichzeitig wiesen sie den von rot-grüner Seite erhobenen Vorwurf entschieden zurück, die Baselbieter würden vor den kantonalen Wahlen von Ende März bewusst im Unklaren über das Entlastungspaket gelassen.

Frühzeitig für Transparenz gesorgt

SVP-Präsident Dieter Spiess wies auf die am 2. Februar vom Regierungsrat publizierten Eckwerte des Entlastungspaketes hin: «Die Regierung hat mit diesen Informationen und dem klaren Mengengerüst die geforderte Transparenz hergestellt. Dies immer-

eigenen Verantwortung im Zusammenhang mit der finanziellen Lage des Kantons ablenken, betonte Spiess.

Sorgfalt und Zeit notwendig

Als Gemeindepräsident von Allschwil kennt CVP-Vizepräsident Anton Lauber komplexe Sparübungen aus eigener Erfahrung: «Solche Prozesse – will man sie mit nachhaltigem Erfolg durchführen – benötigen Sorgfalt und vor allem Zeit.» Der Regierungsrat habe rechtzeitig gehandelt, immer

offen kommuniziert und von Anfang an vom Frühling 2011 gesprochen, bis das Entlastungspaket vorgelegt werden könne. Lauber erwartet von allen politisch Verantwortlichen Augenmass und vor allem ein zielorientiertes Handeln: «Mit Hauruck-Aktionen können die Finanzprobleme, in denen unser Kanton steckt, nicht gelöst werden.»

Ohne Steuererhöhungen

Landrat Michael Herrmann, Präsident der FDP.Die Liberalen, erinnerte daran, dass Finanzdirektor Adrian Ballmer immer wieder auf die strukturelle Überlastung der Kantonsfinanzen aufmerksam gemacht hatte. «Die schmerzhafteste Entlastungsübung war also klar absehbar.» Herrmann machte ebenfalls deutlich, dass die realisierten Steuerentlastungen nicht zur finanziellen Schieflage geführt hätten. Die drei Parteien würden alles daran setzen, um eine nachhaltige Budget-Entlastung zu erreichen. «Dabei ist für uns aber eines ganz klar: Die Sanierung muss ausgaben-seitig erfolgen. Steuererhöhungen müssten unter allen Umständen vermieden werden.» MWB.



Die bürgerlichen Partei-Repräsentanten Dieter Spiess, Präsident SVP, Anton Lauber, Vizepräsident CVP, und Michael Herrmann, Präsident FDP.Die Liberalen.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

RECHNUNGSLEGUNG 1

Über 15'000 KMU werden durch echte Deregulierung entlastet.

BÜROKRATIE 3

FDP-Vizepräsident Markus Hutter über den Abbau von Vorschriften.

KMU-BAROMETER 4

Die Konjunkturzeichen stehen für die gewerbliche Wirtschaft recht gut.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

■ «Starke Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und der rationellen Stromverwendung»

■ «Fossil-thermische Kraftwerke und Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen als Übergangslösung zu einer weitgehend CO₂-freien Stromproduktion»

■ «Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch Kernkraftwerke der nächsten Generation»

Offensichtlich sehen also die Energieperspektiven des BFE vor, zusätzlich zur starken Förderung erneuerbarer Energien und zusätzlich zu Stromsparmassnahmen bzw. zum effizienteren Einsatz der Stromverwendung dennoch Übergangslösungen ins Auge zu fassen – auch fossil-thermische Kraftwerke und Wärme-Kraft-Koppelung – aber auch der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke.

Diese Stossrichtung ist aus heutiger Sicht zweifellos zu begrüssen, denn sie setzt einerseits sehr deutlich auf die Förderung erneuerbarer Energien, vernachlässigt aber für die nächsten 20 bis 40 Jahre auch nicht die Versorgungssicherheit durch die bewährte konventionelle Stromproduktion.

Sichere Versorgung mit Wasser und Kernenergie

Diese Mehrfachstrategie wird nicht ohne Grund gewählt, denn einerseits sind dem Sparpotenzial Grenzen gesetzt und andererseits ist die absehbare Effizienz der bisher hauptsächlich propagierten erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) noch weit davon entfernt, die komplett konventionelle Energieproduktion zu er-



Um die drohende Stromversorgungslücke zu vermeiden, braucht es vorerst noch die konventionelle Stromproduktion – auch mit Kernkraft.

ENERGIEVERSORGUNG – Klares Ziel vor Augen.

Das eine tun, aber das andere nicht lassen!

setzen. So wies das BFE 2009 die Anteile der schweizerischen Stromproduktion wie folgt aus: knapp 98 Prozent stammen aus Wasserkraft- und thermischen (Kern-)Kraftwerken. Der Anteil der erneuerbaren Energien (Abfall, Biomasse, Biogase, Sonne, Wind) decken hingegen lediglich etwas über 2 Prozent ab.

Konventionelle Stromproduktion ist vorerst unverzichtbar

Auch wenn die Problematik der zukünftigen Produktion und des Verbrauchs von elektrischer Energie ein weitaus komplexeres Thema ist, als an dieser Stelle holzschnittartig auf-

gezeigt werden kann, so muss aus heutiger Sicht dennoch nüchtern festgestellt werden: Wir kommen vorerst ohne die bisherigen Standbeine in der Grundversorgung unseres Stromverbrauchs nicht aus!

Das heisst einerseits: Ausbau der bestehenden Wasserkraftanlagen inkl. Speicherwerke (allerdings wird der Ausbau nach wie vor durch Naturschützer blockiert) sowie Ersatz bestehender Kernkraftwerke in der Schweiz. Andererseits heisst das aber auch: intensive Weiterentwicklung der Technologien für erneuerbare Energien, allem voran Wasser-Klein-kraftwerke, Wind- und Solarenergie

sowie Nutzung von Holz, Biogasen und Abfällen als Energieträger.

Kein «Pfeifen im Wald»

Vor Illusionen sei allerdings gewarnt: Insbesondere Wind und Sonne, die heute als die Zukunftsenergieträger hervorgehoben werden, sind in unseren Breitengraden höchst «unsichere» Energielieferanten. Wenn Umweltkreise nun suggerieren, die Energieversorgung, insbesondere aber die Deckung der zu erwartenden Stromlücke, könne in den nächsten rund 20 Jahren «problemlos» auch durch solche erneuerbare Energien aufgefangen bzw. ersetzt werden, praktizieren diese nicht mehr als ein «Pfeifen im Wald».

Das heisst: Damit setzt man sich in diesen Kreisen offensichtlich über Realitäten hinweg und hofft, dass der «worst case» – die zu befürchtende Stromversorgungslücke – nicht eintritt. Denn eines ist klar: Wenn in den vorgeschwärzten 20 Jahren diese Versorgungslücke dennoch eintritt und wenn diese dann doch nicht durch die erneuerbaren Energien aufgefangen werden kann, haben wir alle ein immenses Problem. Dann aber ist es zu spät, um innert nützlicher Frist diese Lücke aufzufüllen.

Das Gebot der Stunde lautet also: Das eine – die Nutzung und Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien – tun, aber das andere – die Sicherstellung des wachsenden Stromverbrauchs bzw. die Vermeidung der Stromversorgungslücke – nicht unterlassen. Die Wirtschaftskammer Baselland unterstützt diese vorausschauende Politik ganz entschieden.

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat,
Direktor Wirtschaftskammer

REGIERUNG BASELLAND

STEUERERLEICHTERUNGEN – für biogene Treibstoffe.

Strengere ökologische Kriterien

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat im Rahmen der Parlamentarischen Initiative «Agrotreibstoffe – Indirekte Auswirkungen berücksichtigen» eine Änderung des Mineralölsteuer- und Umweltschutzgesetzes ausgearbeitet. Der Gesetzesentwurf sieht strengere Kriterien für die Steuererleichterung von biogenen Treibstoffen in der Schweiz vor. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst in einer Vernehmlassung die vorgeschlagenen Änderungen.

Der von der Kommission im Rahmen der parlamentarischen Initiative «Agrotreibstoffe – Indirekte Auswirkungen berücksichtigen» erarbeitete Vorentwurf zielt darauf ab, die negativen, auch indirekten Auswirkungen bei der globalen Produktion von biogenen Treibstoffen gebührend zu berücksichtigen und möglichst zu vermeiden.

Nachweis für ökologische Rohstoffproduktion notwendig

Mit der Vorlage werden die Kriterien, damit biogene Treibstoffe in der Schweiz von einer Steuererleichterung profitieren können, erweitert und verschärft. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hält die von der Schweiz verfolgte Politik im Bereich der biogenen Treibstoffe für klug und begrüsst die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Es muss nachgewiesen werden, dass für die Rohstoffproduktion keine Zerstörung von Flächen mit grosser biologischer Vielfalt (z.B. Regenwälder) erfolgte. Neu muss auch der Nachweis erbracht werden, dass der Anbau der Rohstoffe nur auf rechtmässig erworbenen Flächen erfolgt.

Bodenverdichtung ebenfalls berücksichtigen

In seiner Stellungnahme regt der Regierungsrat zudem an, das Problem der physikalischen Bodenverdichtung künftig ebenfalls zu berücksichtigen. Diese führt zu irreversiblen Schäden am Boden und macht ihn unfruchtbar. Die staatliche Förderung von biogenen Treibstoffen soll umsichtig erfolgen, damit Umweltprobleme gelöst und nicht verlagert werden.

(Reg BL)

MOBILITÄT – Die Finanzierung der Verkehrskosten setzt vermehrt auf Eigenwirtschaftlichkeit. Auf dem Weg zur Realität

Die schweizerische Transportpolitik hat die Chance, mit dem alten Ungleichgewicht zu brechen und eine realistischere und pragmatische Vision anzustreben. So lassen die von Bundesrätin Doris Leuthard kürzlich vorgestellten Pläne zur Finanzierung der Bahninfrastruktur und des Strassenverkehrs hoffen.

Verbesserungen in den Metropolen

Eine erste Wiederherstellung des Gleichgewichts ist geografischer Natur: Während der vergangenen Jahrzehnte konzentrierte man sich zum Nachteil der bevölkerungsstarken Regionen im Flachland auf die Nord-Süd-Achse durch die Alpen. Heute nun merkt man, dass die grossen städtischen Gebiete dabei vernachlässigt wurden und unter einer ungenügenden Verkehrsinfrastruktur leiden. Und man nimmt den politischen Willen wahr, die nötigen finanziellen Mittel für Projekte in diesen Regionen bereitzustellen, unter anderem in der Genfersee-Region und in der Nordwestschweiz – bisherige verkehrstechnische Stiefkinder des Bundes.

Ergänzung statt Konkurrenz

Eine zweite Berichtigung ist modal: Die Bundespolitik hat unter dem Druck von Umweltorganisationen zu lange einseitig die Schiene bevorzugt. Heute nun erkennt man, dass die Bahn trotz spektakulärer Entwicklungen bei weitem nicht die ganze ge-

stiege Transportnachfrage abdecken kann, und dass es daher unabdingbar ist, nebeneinander sowohl die Schiene als auch die Strasse auszubauen – in gegenseitiger Ergänzung statt Konkurrenz.

Eigenfinanzierung der Bahn muss verbessert werden

Der von Doris Leuthard vorgestellte Vorschlag bezieht sich dabei vor allem auf die Finanzierung. So wurde konstatiert, dass die Strassenbenützer seit Jahren ihre eigenen Kosten mehr als decken, während die Bahnkunden für ihre nicht einmal zur Hälfte aufkommen. Die Bahn ist massiv subventioniert – zum einen von der öffentlichen Hand, zum anderen aus Einnahmen aus dem Strassenverkehr (Schwerverkehrsabgabe und Benzinsteuer).

Die neue Linie, die die Vorsteherin des UVEK verfolgt, verzichtet zwar nicht auf die Umverteilung dieser Strassengelder – im Gegenteil, sie sieht vor, diese nachhaltig zu sichern, was inakzeptabel ist –, aber sie stoppt zumindest das Ausbluten und stellt das Gleichgewicht wieder etwas her, indem sie von der Bahn verlangt, ihre Eigenfinanzierung zu steigern. Im Visier sind in erster Linie die Preise für den Personentransport, bei denen eine stufenweise Erhöhung um zehn Prozent geplant ist.

Aber auch die Strassenbenützer werden zur Kasse gebeten: Sie sollen den



doppelten Preis für die Vignette und mehr Benzinsteuer bezahlen. Allerdings sollen diese Gelder unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ausschliesslich der Finanzierung von Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Strassennetzes dienen.

Neue Zielrichtung begrüssenswert

Der Vorschlag von Doris Leuthard weist dennoch einige unhaltbare Aspekte auf – beispielsweise die ungeschickte Idee, die zulässigen Steuerabzüge für den Arbeitsweg zu reduzieren. In seiner allgemeinen Ausrichtung hingegen ist er begrüssenswert, da er die Notwendigkeit von Investitionen sowohl in die Strasse als auch in die Schiene anerkennt und von jeder Transportart verlangt, dass sie den grösstmöglichen Teil ihres Finanzierungsbedarfs selber deckt.

Unverhoffterweise steht er damit der VCS-Initiative entgegen, die über die heutigen Zahlungen hinaus zusätzlich die Hälfte der Treibstoffsteuern für den öffentlichen Verkehr abschöpfen will. Damit würden rund 70 Prozent der Strassenabgaben für andere Zwecke missbraucht. Die In-

itiative, die nicht nur den Ausbau des Strassennetzes verhindern, sondern es darben lassen will, muss im gegebenen Zeitpunkt vehement bekämpft werden.

Keine neuen Kosten für Unternehmen

Ebenso muss den kürzlich geäusserten Forderungen der SP entgegengetreten werden: Sich sträubend, dass ihre Wähler den richtigen Preis für die Benützung des öv bezahlen müssten, hat sich ihre Parteileitung zu einer Medienmitteilung hinreissen lassen, die verlangt, dass der öv durch eine Steuererhöhung mitfinanziert wird – von den Unternehmen!

Die Unternehmen – wie alle Steuerzahler – leisten bereits mehr als ihren Teil an die Finanzierung des Strassen- und Schienentransports. Angesichts der gewichtigen Investitionen, die in den nächsten Jahren getätigt werden müssen, ist es an der Zeit, die wahren Profiteure ausfindig zu machen und darauf zu achten, dass jeder die Leistungen, die er bezieht, auch gerecht bezahlt.

(Quelle Centre patronal)

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

Fitness-Tag der KMU-Frauen

April 2011

Führung durch den Basler Zolli

Mai 2011

Sommerplausch

August 2011

Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässen teilzunehmen und dabei die KMU-Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder

kmu-frauen@kmu.org

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv,
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

DEUTSCHLAND-SCHWEIZ

Gedankenaustausch über die Landesgrenze hinweg



«Handshake» auf der Rheinbrücke von Rheinfelden (v. l.): Prof. Dr. Valentin Weislämle, Hans Rudolf Gysin und Michael Theurer.

Zu einem kurzen Ad-hoc-Gedankenaustausch über die deutsch-schweizerische Landesgrenze hinweg trafen sich kürzlich in Rheinfelden **Michael Theurer**, Mitglied des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages und des Präsidiums der Europa-Union Deutschland, sowie Prof. Dr. **Valentin Weislämle**, Dozent an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Lörrach, mit Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**. Eine gute Gelegenheit, dieses ungezwungene Treffen symbolisch mit einem Handshake auf der Rheinbrücke zu unterstreichen.

PUBLIREPORTAGE

Führungswechsel bei der Mobiliar in Aesch

Nach 30 Jahren intensiver und erfolgreicher Aufbau- und Ausbaurarbeit hat Anfang 2011 **Roland Hohl**, Inhaber der Generalagentur Aesch der «Mobiliar», die Führung des Unternehmens in die Hände seines Sohnes **Stephan Hohl** übergeben. Roland Hohl wird nun – losgelöst von seinen Führungsaufgaben für 30 Mitarbeitende – seine Erfahrungen und Kontakte weiterhin als freier Mitarbeiter der Generalagentur Aesch zur Verfügung stellen.



Stabsübergabe bei der «Mobiliar» Aesch: Roland Hohl (l.) an Stephan Hohl.

Stephan Hohl hat sich für seine Aufgabe als neuer Leiter der «Mobiliar» Aesch seriös vorbereitet: einerseits durch den Abschluss seines Wirtschaftsstudiums an der Universität Basel und durch die mehrjährige Tätigkeit in verschiedenen Funktionen bei der Mobiliar; andererseits absolvierte er eine zusätzliche Fachausbildung zum dipl. Versicherungswirtschaftler HF an der höheren Fachschule für Versicherung. Die über 80 Generalagenturen der «Mobiliar» sind eigenständige Unternehmen, die mit der lokalen Wirtschaft und Kultur stark verbunden sind. Für die Generalagentur Aesch ist auch unter der neuen Leitung von Stephan Hohl weiterhin klar: Die lokale Verankerung trägt wesentlich zum positiven Kundenkontakt bei. So beraten und betreuen die 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Versicherungskunden ihrer Region ganz persönlich. Damit entsteht eine besondere Kundennähe. Die Verbundenheit zur Region zeigt sich aber noch auf andere Weise: Einerseits übernimmt die «Mobiliar» in Aesch eine wichtige Funktion als Lehrbetrieb. Sie ermöglicht so jungen Menschen die Ausbildung zu kaufmännischen Angestellten. Andererseits unterstützt das Unternehmen aber auch sportliche und kulturelle Aktivitäten.

LINK

www.mobiliaesch.ch

POLITIKOLUMNE

Reiz der Schweiz: Geld holen

Nigerianer müsste man sein, rein rechnerisch. Aus dem westafrikanischen Staat, mit dem Justizministerin Simonetta Sommaruga jüngst ein «Abkommen zur Migrationspartnerschaft» unterzeichnete, meldeten sich letztes Jahr 1969 Asylbewerber. Den Flüchtlingsstatus erlangten aber nur zwei (Erfolgsquote 0,1 Prozent). Jeder achte Asylsuchende war Nigerianer. Warum? Alard du Bois-Reymond als Direktor des Bundesamtes für Migration (BFM) weiss: «Sie kommen nicht als Flüchtlinge hierher, sondern um illegale Geschäfte zu machen.» 2009 steckten 830 Nigerianer wegen Drogenhandels in schweizerischen Strafverfahren.

Wer den durchschnittlich 700 bis 1000 Tage dauernden schweizerischen Asyl-Leerlauf bis zum definitiven Wegweisungsentscheid aussitzt, wird vom Bund mit 1000 bis 6000 Franken «Rückkehrhilfe» verabschiedet. Das entspricht für Nigerianer zwei bis zwölf Jahresgehälter (jährliches Pro-Kopf-Einkommen 450 Fr.). Genau 11,25 Millionen Franken stehen für solche Grosszügigkeit im BFM-Budget 2011. Ein Klacks, wenn man die Gesamtjahreskosten der Asylmaschinerie von mehr als einer Milliarde Franken betrachtet; ein Skandal jedoch, wenn man nach Kosten und Nutzen fragt.

Laut Absichtserklärung zur «Migrationspartnerschaft» Schweiz-Nigeria gehts um «Zusammenarbeit». Kurz gesagt: Alles ist finanzierbar, nichts wird ausgeschlossen. Der Reiz der Schweiz besteht mehr denn je darin, dass man ohne jeden Asylgrund illegal einreisen kann, für jährlich 780 Millionen Franken auf Steuerzahlerskosten dort zwei oder drei Jährchen gut aufgehoben ist und zum Abschied noch ein paar Tausender zugesteckt erhält.



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

«Wegweisend für den Migrationsbereich» sei diese erste «Migrationspartnerschaft», liest man in der BFM-Propaganda. «Verheerend für den Migrationsbereich» wäre zutreffender. Denn dass ein solches Anlockersystem genutzt und missbraucht wird, ist ja klar.

Mit Schutz vor Verfolgung – dem erklärten und unumstrittenen Ziel der schweizerischen Asyl- und Flüchtlingspolitik – hat das nichts mehr zu tun. Jahrelanges Verdrängen der Fakten hat zu einem Missbrauchssystem geführt, das man heute als Asyl-Ablasshandel brandmarken muss. Wenn gerade noch 17,7 Prozent sämtlicher Asylgesuche von tatsächlich aner-

kannten Flüchtlingen aus der ganzen Welt stammen, dann steht der Administrationsapparat mit seinen Rekurseschlupflöchern vor dem Kollaps. Auch politisch übrigens. Neuester Beleg dafür: Der BFM-Direktor sucht nach Möglichkeiten, «Personen, die straffällig geworden sind oder sich (...) missbräuchlich verhalten», ebenfalls mit Rückkehrgeld aus der Haft zu befreien. Das wäre dann die Prämie für Querulanten und Kleinkriminelle. Die Schweiz könnte sich so Haftkosten ersparen, meint man im BFM. Das Konzept ist widersinnig: Mit Rückkehrhilfe wollte man ursprünglich «kooperatives Verhalten» belohnen. In Zukunft solls auch Geld geben für illegal Eingereiste, die den Nerv haben, unkooperativ hinter Gittern zu warten, bis die Schweizer Steuerzahler den Heimflug und den Neustart finanzieren. Was Beat Meiner, Generalsekretär der Flüchtlingshilfe, dazu erklärt, ist kaum mehr nachvollziehbar: «Viele Asylsuchende haben sich hoch verschuldet, um in die Schweiz zu kommen. Ein Geldbeitrag kann einen Anreiz für die Heimkehr schaffen.»

Solche Übertreibungen haben zum Glück den Vorteil, dass sie als blanke Erpressung durchschaubar sind. FDP-Nationalrat Philipp Müller (AG), der zurzeit wohl beste Kenner und Kritiker der Asylpolitik, scheint entschlossen, die Notbremse zu ziehen. Er will das ganze Rückkehrhilfesystem auf seine Wirksamkeit hin untersuchen lassen «und gegebenenfalls zurückfahren». Es wird tatsächlich Zeit, die «Migrationspartnerschaft» endlich mit den Einheimischen zu pflegen, die das System BFM Tag für Tag mit ihrer Arbeit finanzieren, ohne für ihr Wohlverhalten noch Spenden aus der Bundeskasse zu verlangen.

METALL-UNION – Tag der weit offenen Tür in Muttenz.

Neues Kompetenzzentrum Metall eröffnet



Das neu eingerichtete Kompetenzzentrum Metall in Muttenz.

Mitte Februar standen die Türen des neu eingerichteten «Kompetenzzentrums Metall» in Muttenz für die Ausbildungsbetriebe, die Eltern und weitere Interessierte weit offen. Das neue Kompetenzzentrum ist die von der «Metall-Union Baselland Nordwestschweiz» getragene Ausbildungsstätte für angehende Metallbauer sowie Anlagen- und Apparatebauer. Die beiden festangestellten Kursleiter – **Stefan Heiber** für den Bereich Metallbau und **Markus Freiermuth** für den Bereich Anlagen- und Apparatebau – kümmern sich im bewährten dualen Bildungssystem um die überbetriebliche Ausbildung der Lernenden.

Neue, modernisierte Werkstatt in Muttenz

In der mit praxisgerechten Einrichtungen ausgestatteten Werkstatt

waren die Besucher beeindruckt vom tadellosen Maschinen- und Gerätepark, von der neu angelegten Energiezufuhr für Gas und Strom über Bodenkanäle, von der neuen Lüftung sowie vom neuen Lichtkonzept. Alle Arbeiten aus der «metallinen» Berufswelt können hier eins zu eins geübt werden – an authentischen Maschinen, wie sie heute auch im Gewerbe und in der Industrie im Einsatz stehen.

Übungsfeld für über 180 Lernende

Momentan werden in Muttenz im Bereich Metallbau 126 angehende Metallbauer (davon 5 Frauen) und 19 Metallbaupraktiker ausgebildet. In der vierjährigen Lehrzeit absolvieren die Metallbauer zehn Kurswochen im Ausbildungszentrum. Ebenfalls dort findet die praktische Lehrabschluss-

prüfung statt. Die Lernenden kommen aus Baselland, Basel-Stadt, einem Teil des Fricktals und aus dem Schwarzbubenland.

Bei den Anlagen- und Apparatebauern kommen sogar noch Lernende aus den Kantonen Bern und Jura nach Muttenz. Die Ausbildung der Anlagen- und Apparatebauer unterscheidet sich von jener der Metallbauer auch dahingehend, dass nur während den ersten zwei Lehrjahren Kurse in Muttenz besucht werden. Diese Lehrzeit wird mit einer Teilprüfung in Muttenz abgeschlossen. Anschliessend findet die weitere Ausbildung im Betrieb statt. Sie wird durch die individuelle Produktivarbeit (IPA) abgeschlossen. Aktuell besuchen 40 Lernende aus zwei Lehrjahren die überbetrieblichen Kurse der Anlagen- und Apparatebauer in Muttenz.

Eigenes Kursprogramm und Qualitätsmanagement

Die Kursleiter informierten am Besichtigungstag unter anderem über



ÜK-Instruktoren: Stefan Heiber, Metallbau (l.), und Markus Freiermuth, Anlagen- und Apparatebau.

das eigens erstellte Kursprogramm. Bezüglich Qualitätsmanagement stehe man darüber hinaus kurz vor der Zertifizierung von zehn ÜK-Qualitätsstandards nach «eduQua»-Vorgaben. Im Anschluss an die Besichtigung durften sich die Besucher an einem Apéro-Buffer erfrischen, das in verdankenswerter Weise von der Hausfrau, der Gewerblich-industriellen Berufsfachschule Muttenz, offeriert wurde. Dabei darf erfreut festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule, aber auch mit dem kantonalen Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) hervorragend funktioniert.

Kaspar Mosimann

Ehrgäste (v. l.): Georges Fünfschilling, Präsident MUBL-NWCH, Gregor Saladin, Direktor SMU, Jakob Gutknecht, ÜK-Präsident, Stephan Schmid, Präsident MUBS.



